

Michael Zander

Was heißt »Arrangement mit den Herrschenden« und woher kommt die Rede von den »Nebenwidersprüchen«?

Antwort auf die Gegenkritik von Denis Neumüller et al. und Meretz & Sutterlütti

»Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn.«

(Marx, *Grundrisse*, 1857)

I.

»Anpassung bedeutet die Übernahme von gesellschaftlichen Normen, deren Vernünftigkeit im Interesse aller nicht einsehbar ist«; heißt es bei Ute Holzkamp-Osterkamp (1976, 42); es handele sich um ein »Arrangement mit den ›Mächtigen‹«. Sie knüpft damit an Freud an, der eine Ursache von »Neurosen« in der unbewussten Verinnerlichung repressiver kultureller Anforderungen sieht. Anders als Freud geht Osterkamp davon aus, dass die kapitalistische Gesellschaft durch die Unterdrückten langfristig »im Interesse aller« veränderbar ist.

Herrschaft ist in ihrer Gesamtheit einerseits unpersönlich, andererseits muss sie trotzdem politisch und ökonomisch von konkreten Personen getragen werden (Holzkamp-Osterkamp 1976, 439). Die Herrschenden sind gewöhnliche Menschen in ungewöhnlichen gesellschaftlichen Positionen. Für die heutige Bundesrepublik bedeutet das u.a., dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 56 Prozent des Vermögens besitzen, die untere Hälfte dagegen nur 1,3 Prozent (Grabka & Halbmeier 2019). Für den privaten Profit müssen rund 33 Millionen abhängig Beschäftigte arbeiten; fünf Millionen Menschen sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig (vgl. Krämer 2018, 53). »Insbesondere Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeaufgaben werden immer noch überwiegend von Frauen geleistet. Ein relevanter Teil dieser ›Care-Arbeit‹ wird zudem auf migrantische Frauen abgewälzt [...]. Doch die Frauen haben im Durchschnitt nur etwa halb soviel ›eigenes Geld‹ wie die Männer« (ebd., 56).

Mit der Kritischen Psychologie lässt sich nach den restriktiven Aspekten unseres Denkens, Fühlens und Handelns fragen, in denen wir uns (unbewusst) mit den herrschenden Verhältnissen identifizieren, diese mittragen und auf Einflussnahme verzichten, obwohl langfristig verallgemeinerbare Alternativen möglich wären. Dazu drei Beispiele: Eine behinderte Grundsicherungsbezieherin beschwert sich in rassistischem Ton darüber, dass Menschen in einem armen Land aus Deutschland Katastrophenhilfe erhalten, während für Menschen wie sie »nichts getan« werde. Der Sozialarbeiter einer Unterkunft für Geflüchtete plädiert dafür, diejenigen »ohne Bleibeperspektive« schneller abzuschieben, damit mehr Ressourcen für diejenigen mit Aussicht auf Asyl übrig

seien. Ein Arbeiter im Tagebau fürchtet den Verlust seines Arbeitsplatzes und leugnet die Möglichkeit und Notwendigkeit, in absehbarer Zeit die Verbrennung von Braunkohle zu beenden. Alle drei folgen in ihrer Rede der von Denis Neumüller et al. in diesem Heft stark gemachten »Exklusionslogik«. Entscheidend ist aber, dass sie dies unter dem Druck von Verhältnissen tun, die von mächtigeren Akteuren geschaffen wurden, die für sie selbst massiv einschränkend sind und auf die sie individuell und unmittelbar kaum Einfluss haben.

II.

Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwiderspruch stammt nicht von Marx, sondern von Mao Tse-Tung (1966 [1937]). Ihm zufolge ändert sich der Hauptwiderspruch mit der politischen Situation: Die japanische Armee hielt seit 1931 Teile Chinas besetzt. Der Hauptwiderspruch, der alle anderen Widersprüche (mit-)bestimmt, bestand für ihn im Gegensatz zwischen Kolonialmacht und Kolonisierten. Die Bedeutung der Begriffe änderte sich im Zuge der 1968er Bewegung. Silvia Bovenschen, ehemaliges SDS-Mitglied, erzählte im Interview über ihre damaligen männlichen Genossen: »Sie wollten uns [...] darüber aufklären, dass wir unsere Zeit mit ›Nebenwidersprüchen‹ vertun« (*taz*, 29.12.2007). Die SDSlerinnen, die u.a. den Ausschluss von Erwerbsarbeit und den fehlenden Anteil der Männer bei der Kindererziehung thematisierten, verstanden sich als Marxistinnen. Wenn sie die Rede von den »Nebenwidersprüchen« zurückwiesen, dann wandten sie sich damit gegen eine bestimmte Lesart des Marxismus. Aus einem Vorwurf gegen die sozialistische Frauenbewegung wurde so zunächst eine Kritik an den »sozialistischen Eminenzen« mit ihren »bürgerlichen Schwänzen«. Im Laufe der Jahrzehnte wurde daraus ein Vorurteil gegen den Marxismus insgesamt. Die *taz*-Redakteurin Heide Oestreich brachte es sogar fertig, mit Bezug auf die Rede vom »Nebenwiderspruch« die heutige SPD als »mitregierende Erbin des Karl Marx« anzugreifen (*DLR Kultur*, 13.4.2018).

Anders als 1968 sind heute Kapitalismuskritik und marxistisches Denken in der Defensive. In der akademischen Linken ist derzeit der Begriff der Intersektionalität populär, mit dem verschiedene Konfliktfelder zueinander ins Verhältnis gesetzt werden sollen. Geprägt wurde er von Kimberlé Crenshaw zunächst mit der Absicht, das US-amerikanische Antidiskriminierungsrecht zu kritisieren. Politisch wurden damit wichtige Debatten über »Mehrfachbetroffenheit« angestoßen. Aber als i.e.S. gesellschaftswissenschaftlicher Terminus ist er ungeeignet. Intersektionalitätstheorien tendieren dahin, gesellschaftliche Strukturen auf sich überlagernde Diskriminierungen zu reduzieren und persönliche Merkmale mit Erfahrungen, Lebenslagen und politischen Haltungen kurzzuschließen (Zander 2017).

Es mag historische Situationen geben, in denen ein großer Konflikt alle anderen in den Hintergrund drängt und deren Lösung blockiert, etwa der zwischen Faschismus und Antifaschismus. Das heißt aber nicht, dass damit die anderen Konflikte nebensächlich werden; von ihrer Behandlung können Sieg oder Niederlage abhängen.

III.

Sozialistische Bewegungen verfolgen seit dem 19. Jahrhundert langfristige Zielvorstellungen. Kleinster gemeinsamer Nenner waren über lange Zeit die Abschaffung oder wenigstens Zurückdrängung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln und der Aufbau einer nicht auf privaten Profit ausgerichteten genossenschaftlichen Produktionsweise. Diese Ziele waren ein Mittel zu dem Zweck, bestehende gesellschaftliche Übel zu beseitigen: Armut und Wirtschaftskrisen sollten verhindert, ein Krieg beendet, Geschlechtergerechtigkeit geschaffen oder die Produktion ökologisch organisiert werden. Die konkrete Umsetzung hing stark von den jeweiligen Umständen ab, sei es im Falle der Pariser Kommune (1871), der Sowjetunion (1922-1991), des Roten Wien (1919-1934) oder der Selbstverwaltung in Rojava (seit 2017). Theoretische Entwürfe ließen sich i.d.R. nur sehr eingeschränkt verwirklichen, weil sie mit den vorgefundenen Bedingungen kollidierten, die ihrerseits z.T. verhängnisvolle Entwicklungen begünstigen konnten.

Denis Neumüller und Stefan Meretz (2019) zeichnen ihr Bild vom »Commonismus« ohne jeglichen Empiriebezug: Vor der Produktion würden »die unterschiedlichen Wünsche« sowie die »Bedingungen und Prioritäten« geklärt. »Bedürfniskonflikte« würden »kommunikativ vermittelt«. Die »interpersonalen Reziprozitätsverhältnisse« seien i.d.R. »bedingungsfrei«. Normative Ideale ohne Empiriebezug lassen sich leicht postulieren. Soziale Bewegungen sahen sich in Paris, Moskau, Wien und Rojava mit weniger idealen Anforderungen konfrontiert: Sie mussten die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Wohnraum gewährleisten; außerdem waren sie gezwungen, das von ihnen beanspruchte Gewaltmonopol gegen Angriffe zu behaupten. Auch heute setzen sich Bewegungen langfristige Ziele, aber diese sollten nicht so idealisiert sein, dass sie mit der Gegenwart nicht mehr vermittelt und nicht auf ihre prinzipielle Realisierbarkeit prüfbar sind.

Denis Neumüller et al. schreiben, sie hätten »keine feste Agenda«. Ihre Veröffentlichungen und zahlreich angebotenen Veranstaltungen erwecken allerdings den gegenteiligen Eindruck: Neumüller et al. werben auf der Ferienuni oder der Attac-Sommerakademie für eine »wertkritische« Marx-Lesart, für »Commonismus« und für eine »kollektive Selbstverständigung«. Beim »Move Utopia« 2019 boten sie ein Dutzend Veranstaltungen an, u.a. über »kritisches Glücklichein« und Polyamorie. In einem Abstract zur Kritischen Psychologie steht die offensichtlich unsinnige Aussage: »Ich bin Gesellschaft, denn ich mache sie.« (move-utopia.de/de/infos/programm/programm.pdf).

Das Angebot, das Stefan Meretz et al. ihrem Publikum machen, basiert in erster Linie nicht auf Wissenschaft, sondern auf Glauben. Sie meinen, eine unfehlbare Utopie entwickelt zu haben, die von den Problemen praktischer Politik unberührt bleibt und die allen bisherigen Versuchen, den Kapitalismus zu bekämpfen, überlegen ist. Ihr verheißungsvolles Zukunftsbild überstrahlt die politische Gegenwart, die sich bei nüchterner Betrachtung als nicht besonders günstig darstellt. Die von ihnen angeführten Beispiele für »bedürfnisgerechte Räume« und die Themen mancher Workshops laden dazu ein, sich ins eigene subkulturell-akademische Mittelschichtsmilieu zurückzuziehen und Fragen des individuellen Lebensstils in den Mittelpunkt zu rücken.

Literatur

- Grabka, M. & Halbmeier, C. (2019). Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. *DIW-Wochenbericht*, 40/2019, 735-745.
- Holzkamp-Osterkamp, U. (1976). *Motivationsforschung 2*. Frankfurt/M.: Campus.
- Krämer, R. (2018). Die Klassenlandschaft in Deutschland 2018. *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, (116), 51-60.
- Marx, K. (1983 [1857]). Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. *Marx-Engels-Werke, Band 42*. Berlin: Dietz.
- Neumüller, D. & Meretz, S. (2019). *Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit und Commonismus*. <https://grundlegung.de/artikel/verallgemeinerte-handlungsfahigkeit-und-commonismus/> (Abruf: 14.8.2019).
- Tse-Tung, M. (1966 [1937]). Über den Widerspruch. *Ausgewählte Werke*, Bd. I (365-405). Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.
- Zander, M. (2017). Was ist problematisch an Intersektionalität? *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), 47–62.